

„10+1 Bäume für die Opfer des NSU“

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW vom 17. Februar 2020

Mit der Kampagne „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ rufen der Landesintegrationsrat NRW und die kommunalen Integrationsräte die Städte NRWs dazu auf, ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe für ein vielfältiges, friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben nachzukommen und einen Erinnerungsort zu errichten. Dabei sollen in jeder Kommune elf neue Bäume angepflanzt werden. Die Zahl elf ergibt sich aus zehn Bäumen für die zehn Opfer des NSU und einem Baum für alle anderen, zum Teil unbekanntem Opfer, rassistischer Angriffe. Eine Gedenktafel soll über die Bedeutung des Mahnmals aufklären. Gleichzeitig soll der Erinnerungsort ein starkes Signal des Widerstands gegen den rechtsextremistischen Terror senden.

Anlass für die Kampagne ist das Absägen des Gedenkbaums für NSU-Opfer Enver Şimşek in Zwickau. In der Vergangenheit wurden immer wieder die Erinnerungsorte für die Opfer der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter, geschändet bzw. zerstört.

Tayfun Kelttek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW: „Es ist dringend an der Zeit, dieser Entwicklung entgegenzutreten und ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Denn die größte Gefahr für unsere Demokratie geht vom Rechts aus. Es gilt gegen die Gefahr des rechten Terrors, dessen Akteure immer skrupelloser agieren, deutlich Position zu beziehen. Wir alle dürfen den Kahlschlag an unseren gemeinsamen menschlichen Werten nicht länger hinnehmen! Alle Kommunen NRWs sind dazu aufgerufen, der menschenverachtenden Gefahr durch Pflanzung der Bäume zu begegnen.“

Seit dem antisemitisch motivierten Terroranschlag in Halle an der Saale und dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke offenbart sich mehr und mehr die Gefahr rassistischer Denkweisen und rechtsextremen Terrors. Menschenverachtende Hetze verbreitet sich via Internet, Morddrohungen werden gegen Menschen, die aus islamischen Ländern entstammen oder jüdischen Glaubens sind, Aktivisten/innen, Politiker/innen und Opferanwälte/innen ausgesprochen. Immer wieder werden Hinweise auf rechtsextremistische Verflechtungen in staatliche Institutionen wie Polizei und Bundeswehr hinein bekannt.